

Eine Woche nach dem Erscheinen dieser Zeitung wird in Niedersachsen gewählt. Wahlberechtigt für die Personalvertretungen der verschiedenen Ebenen sind insgesamt rund 80.000 Lehrerinnen und Lehrer und die Kolleginnen und Kollegen des Nichtlehrenden Personals. Zu wählen sind die Mitglieder des Schulhauptpersonalrates (SHPR), der vier Schulbezirkspersonalräte sowie der Schulpersonalräte. Personalratswahlen gelten als wichtigstes Stimmungsbarometer für die bildungspolitische Einstellung der Lehrkräfte sowie des nicht lehrenden Schulpersonals. Bei den Personalratswahlen 2000 hat die GEW sowohl auf Landes- als auch auf Bezirksebene und in vielen Schulen überzeugende Mehrheiten erhalten.

GEW: Gelernt ist gelernt

Die GEW-Kandidatinnen und -kandidaten sind offensiv in den Personalratswahlkampf gegangen und haben bei zahlreichen Veranstaltungen in Schulen und Untergliederungen Position zu den wesentlichen bildungspolitischen Themen des Landes bezogen. Zentrales Wahlkampfmotto war: „GEW – Gelernt ist gelernt“. Eine der zentralen Forderungen lautete: „Gesundheit zum Thema machen“. Die Aufgaben in den Schulen sind durch immer neue Anforderungen sowie gesellschaftliche Veränderungen umfangreicher und schwieriger geworden. Obwohl eine gezielte Gesundheitsförderung arbeitsbedingte Erkrankungen und Frühpensionierungen mindern könnte, handelt der Kultusminister nicht konsequent genug. Busemann muss die Verantwortung für alle Arbeitsbedingungen der Landesbediensteten übernehmen und Gesundheitsmanagement als Daueraufgabe für die Schulbehörden implementieren.

Das Thema „Eigenverantwortliche Schule“ hat die Diskussion in den letzten Monaten dominiert. Alle Beschäftigten werden davon betroffen sein, wenn bereits ab Anfang 2006 alle Schulen in „eigenverantwortliche Schulen“ umgewandelt werden, wie es der dem Minister vorliegenden Abschlussbericht einer MK-Arbeitsgruppe vorsieht. Die Schulleiterinnen und Schulleiter sollen danach künftig

Der Countdown für die Personalratswahlen 2005 läuft

Am 14. und 15. April wird gewählt

Dienstvorgesetzte mit erheblich erweiterten personalrechtlichen Befugnissen werden. So sollen sie künftig in eigener Kompetenz Lehrkräfte einstellen, für Beurteilungen und Beförderungen zuständig sein und über Sonderurlaub entscheiden. Der Befugnis-katalog umfasst weitere Rechte.

Da zu einem solchen Modell das demokratische Organ einer Gesamtkonferenz mit ihrer

sender personalrechtlicher Befugnisse auf die Schulleiter wird bezweifelt. Nicht der „Chef“, sondern eine Schulbehörde soll die rechtliche Verantwortung für alle wesentlichen Personalmaßnahmen tragen.

Die GEW-Personalräte sehen in dem Kommissionsmodell der „eigenverantwortlichen Schule“ erhebliche Gefahren. Minister Busemann wird aufgefordert, den Empfehlungen der Kommission nicht zu folgen, sondern für Nachbesserungen zu sorgen. Die Kritik an der „eigenverantwortlichen Schule“ richtet sich dabei nicht gegen die Qualitätsentwicklung von Schule. Vielmehr, so wird von den GEW-Personalräten betont, sind die Eigenverantwortlichkeit von Schule, ihre Befreiung von gängelnden Vorschriften und Bürokratie und ihre Freiheit zu pädagogischer Gestaltung allgemein gültige Ziele.



„Allzuständigkeit“ nicht passt, sollen ihre Rechte gestutzt werden. Möglicherweise wird sie im Anschluss an einer Erprobungsphase durch einen „Schulvorstand“ ersetzt.

Eigenverantwortliche Schule ist das dominierende Thema

Die Stärkung der Schulleiterinnen und Schulleiter und die Entmachtung der Gesamtkonferenz treffen allgemein auf Ablehnung. Die Kritiker sehen darin einen Angriff auf die kollegiale Zusammenarbeit in den Schulen und auf seit Jahrzehnten bestehende Mitbestimmungsrechte. Demgegenüber wird gefordert, die Diskussions- und Mitbestimmungsebene der Gesamtkonferenz zu erhalten. Der Sinn einer Übertragung umfas-

Schulinspektion: „Bench Marking“ wird abgelehnt

Eine Positionsbestimmung haben die GEW-Personalräte auch in Sachen Schulinspektion vorgenommen. Nach den Plänen des Ministers soll 2006 mit der flächendeckenden „Erstinspektion“ aller Schulen begonnen werden. Die GEW-Personalräte setzen sich für ein Inspektionsverfahren ein, das das Ziel verfolgt, die Einzelschule in ihrer Entwicklung zu fördern und die Datenerhebung diesem Ziel unterzuordnen. Eine Datenerhebung mit dem Ziel des Schulvergleichs wird abgelehnt. Dies gilt auch für die Veröffentlichung der Vergleichsdaten. Gefordert werden Beratungs- und Unterstützungsangebote für die Schulen und, parallel dazu, personelle und sachliche Ressourcen, um erkannte Probleme abzustellen.

„Bildung muss Priorität haben“, fordert Udo Liu, Vorsitzender des Schulhauptpersonalrates, in einem Gespräch mit EuW. Die Landesregierung müsse die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellen, um die Schulen mit ausreichend qualifiziertem Personal auszustatten. Benötigt würden auch Mittel für die Weiterqualifizierung der Lehrkräfte und die Schaffung eines schülergerechten Lernumfeldes. Das Interview steht auf den Seiten 3 bis 5. euw

Busemann spricht nur von einer „Delle“ in der Unterrichtsversorgung

Proteste aus den Schulen: „Wir nehmen das nicht länger hin!“

Nach den zum Stichtag 10.02.2005 vorliegenden Zahlen aus dem Kultusministerium sinkt die Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen im Vergleich zum Sommer erneut. Landesweit erhalten die Schülerinnen und Schüler in den Klassen 1 bis 13 ca. 1,3 Prozent weniger Unterricht.

Der SPD-Landesvorsitzende Jüttner kritisiert: „Die Unterrichtsversorgung sinkt weiter. Busemanns Rechentricks können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Kinder weniger Unterricht erhalten als vor zwei Jahren.“ Die Schulexpertin der Grünen, Ina Korter, stellt fest: „Die Unterrichtsversorgung ist auf dem schlechtesten Stand seit dem Antritt der Regierung.“ Minister Busemann verharmlost, wenn er von einer vorübergehenden „Delle“ in der Unterrichtsversorgung spricht. Der bildungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Karl-Heinz Klare, versucht seinen Minister recht hilflos zu unterstützen. „Die ständige Mäkelei über Unterrichtsversorgung verfehlt ihre Wirkung.“

Offensichtlich weiß Klare über die tatsächliche Situation in den Schulen kaum etwas.

Proteste von Eltern, Schülervertretungen und Lehrerinnen und Lehrern aus allen Regionen Niedersachsens geben der Opposition Recht. „Zu wenig neue Lehrer eingestellt“, heißt es aus Celle vom dortigen Vorsitzenden der Rektorenkonferenz. Teilweise reiche der Stundenpool noch nicht einmal aus, um die Pflichtstunden abzudecken. Die Hauptschulen würden am schlimmsten vernachlässigt, ergänzt die Vorsitzende des städtischen Schulausschusses, Amei Wiegel.

Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Oldenburger Schulen haben am 15. März die IGS Helene-Lange-Schule besetzt, um gegen den immer weiter verschärften Bildungsabbau der niedersächsischen CDU/FDP-Regierung zu demonstrieren. „Wir haben hierfür bewusst die HLS gewählt, die als Konzept einer integrierenden statt konkurrenzorientierten Bildung besonders von Kürzungen betroffen ist ... Wir nehmen das nicht länger hin!“, heißt es im Flugblatt der Schülerinnen und Schüler.

In Hannover hat der Städtelternrat mit einer Umfrage die Stundenpläne der Schülerinnen und Schüler überprüft. Nach einer ersten

Auswertung stehen bereits auf den Plänen zum Teil weniger Stunden, als in dem jeweiligen Jahrgang als Pflichtstunden vorgeschrieben sind. „Es ist relativ häufig so, dass die Kinder 28 statt 30 Wochenstunden haben. Wir hören von den Schulleitern, dass sie einfach nicht mehr Lehrer bekommen“, kommentiert Richard Lochte, der Vorsitzende des Städtelternrates. Er gehe von einer 97 – oder 98-prozentigen Unterrichtsversorgung aus. „Bei den Sonderschulen sieht es schlimmer aus.“

Der Minister sagt in einer Presseerklärung vom 14. März zu, dass zum Beginn des kommenden Schuljahres alle frei gewordenen Stellen wieder besetzt werden. Damit würden im Laufe dieses Jahres insgesamt 1740 Stellen ausgeschrieben. Aber er erwähnt nicht, dass ein gutes Drittel dieser Stellen für Verbeamtungen schon jetzt angestellter Lehrkräfte genutzt werden soll, die somit keine neuen Stunden in die Schulen bringen. Knapp 500 Stellen werden voraussichtlich erst zum 1. November besetzt und fallen bis dahin aus oder sind zu vertreten.

(Einzelheiten zu den Einstellungszahlen unter „Aus Rechtsschutz und Personalratsarbeit“, S. 16/17) HENNER SAUERLAND

Die Aufgaben der Gewerkschaften angesichts der Krise von „Rot-Grün“



Ein KOMMENTAR
VON
EBERHARD BRANDT

Wir haben uns in der GEW organisiert, weil wir als abhängig Beschäftigte gemeinsam unser Interesse an guten Einkommen und Arbeitsbedingungen vertreten und durchsetzen wollen, weil wir einen demokratischen Sozialstaat

mitgestalten und unsere Vorstellung von einem demokratischen Bildungswesen umsetzen wollen, das allen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine optimale Entwicklung ohne soziale und ethnisch-kulturelle Diskriminierung ermöglicht.

Erfolge zu erringen fällt uns schwerer denn je. Mit dem – durchaus zutreffenden – Hinweis, ohne uns wäre alles noch viel schlimmer gekommen, können wir uns auf Dauer nicht zufrieden geben. Auch nicht mit dem

Verweis auf unsere historischen Verdienste. Wie alle Gewerkschaften muss sich auch die GEW mit der Frage auseinandersetzen, wie wir wieder durchsetzungsfähig werden können. Dies wird das zentrale Thema des Erfurter Gewerkschaftstages in diesem Monat sein.

Der vom Bundespräsidenten Köhler jüngst verstärkte Grundton der öffentlichen Debatte lautet, Vorrang müsse alles haben, was Arbeitsplätze schafft. Gemeint ist damit die weitere Absenkung der Löhne und Gehälter, die Verlängerung der Arbeitszeiten, der Abbau der Lohnnebenkosten und die Übertragung der Kosten für Leistungen des Sozial- und des Bildungssystems auf die Empfänger dieser Leistungen. Arbeitgebervertreter wie Hundt, Rogowski und Stihl setzen die Zerschlagung des Einflusses der Gewerkschaften auf die Tagesordnung. Frau Merkel fordert die Änderung des Tarifvertragsgesetzes und die Abschaffung der betrieblichen Mitbestimmung.

Die Bundesregierung hält beim Tarifvertragsgesetz und bei der Mitbestimmung noch dagegen. Der Gipfel mit Schröder,

Merkel und Stoiber zeigte in der Steuerpolitik eine große Koalition: Die weitere Senkung der Unternehmenssteuern wird propagiert. Lohnsenkungen und Verlängerung der Arbeitszeit sind schon Bestandteil der Agenda 2010. Wenn Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände nicht zu Lösungen kämen, müsse gesetzlich nachgeholfen werden. Der nach den „Gesundheitsgesetzen“ mit Hartz IV forcierte Umbau des Sozialstaats wird von den Arbeitgebern gelobt. Die Stammwähler der SPD dagegen wenden sich enttäuscht ab, die Wechselwähler sehen sich nach Neuem um.

Diese Krise der SPD droht die Gewerkschaften mit in den Abwärtsstrudel zu reißen, wenn sie sich von dieser Politik nicht deutlich genug abgrenzen und auf ihre Eigenständigkeit setzen. Die Unterordnung unter den herrschenden Grundton der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik müssen wir zuerst in unseren eigenen Köpfen beenden. Dann können wir selbstbewusst und offensiv für die Beendigung der falschen Therapien werben und die Notwendigkeit von besseren Löhnen und kürzeren Arbeitszeiten begründen.